

Fremde Nachbarn: das Verhältnis zwischen Nachbarschaftsgruppen und Asylsuchenden

Dünnwald, Stephan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dünnwald, S. (2000). Fremde Nachbarn: das Verhältnis zwischen Nachbarschaftsgruppen und Asylsuchenden. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 24(1), 69-82. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-288680>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Stephan Dünwald

Fremde Nachbarn

Das Verhältnis zwischen Nachbarschaftsgruppen und Asylsuchenden

„Der Fremde“ ist eine Abstraktion, die in der Wissenschaft und im Feuilleton, nicht aber im alltäglichen gesellschaftlichen Diskurs vorkommt. Auf der Straße sind es die „Türken“, die „Jugos“ oder die „Pakistanis“, die aus der Sicht der je Einheimischen die Fremden bezeichnen. Auch „Ausländer“ oder wahlweise „unsere ausländischen Mitbürger“ sind Verallgemeinerungen, die der/die Einzelne mit konkreten Vorstellungen füllt. Macht es da Sinn, von *dem* Fremden zu reden?

Ein Fremder ist nach der Beschreibung Georg Simmels einer, „der heute kommt und morgen bleibt“. Mehr Aphorismus als Definition bietet dieser Satz doch einen grundsätzlichen Aspekt all der Diskussionen um Fremdheit: das Moment der Veränderung. Wo Fremde auftauchen, da kommt Bewegung ins Spiel, Fremdheit reibt sich an der Gewohnheit, bringt die eingespielten Abläufe der Einwohner in Bewegung.

Der Fremde ist bedrohlich, weil er sich nicht als Freund oder Feind zu erkennen gibt. Fremde müssen deshalb – in der diskursiven wie in der politischen Praxis – in einen bestimmten Bezug zur Gesellschaft gesetzt werden, sie müssen eine möglichst eindeutige Rolle zugewiesen bekommen, damit ihnen diese Bedrohlichkeit genommen wird.

Fremdheitsverhältnisse etablieren sich immer in spezifischen gesellschaftlichen Kontexten, entlang von tradierten Selbst- und Fremdbildern vor allem der aufnehmenden Gesellschaft. Und, was oft übersehen wird: Fremdheitsverhältnisse etablieren sich nicht nur als Vorstellung und Diskurs, sondern als gesellschaftliche Praxis.

Das Verhältnis zwischen Asylbewerbern und Nachbarschaftsgruppen, die sich um sie kümmern, kann darüber Auskunft geben, wie be-

stimmte Fremdheitsverhältnisse konstituiert werden. Ich möchte anhand dieser Beziehung darlegen, wie aus einer grundsätzlich offenen Situation ein konkretes, mit bestimmten Beziehungsmustern ausgestattetes Verhältnis entsteht, und wie sich dieses in bestehende Auffassungen vom „Fremden“ einfügt. Dabei greife ich auf Erfahrungen und Beobachtungen zurück, die ich aus der Beschäftigung mit Flüchtlingen und Nachbarschaftsgruppen in München in den Jahren 92 bis 98 gewonnen habe.

Freund, Feind und Fremder

Zygmunt Bauman (1992) hat die Bedrohlichkeit des Fremden daraus abgeleitet, daß der *Fremde* eine Kategorie ist, die sich der Einordnung entzieht. Freund und Feind sind klare, eindeutige Klassifikationen, die ihre Eindeutigkeit daraus beziehen, daß sie einander gegenüberstehen und sich gegenseitig ausschließen. Unser Denken ist in solche Gegensatzpaare wie heiß/kalt, roh/gekocht, gut/böse geordnet, und dies ermöglicht uns das Handeln. Nun gibt es daneben Kategorien, die sich nicht in diese Schemata fügen lassen; „Unentscheidbare“, wie Bauman sie mit Derrida bezeichnet. Unentscheidbare sind Begriffe, die sich nicht nur in kein klares Entweder-Oder-Schema einfügen lassen, sondern dies in Frage stellen und unterminieren. Zu diesen Begriffen gehört der *Fremde*. Weder eindeutig Freund noch klarer Feind, greift die Kategorie „Fremder“ die Unterscheidbarkeit selbst an.

„Er kommt ungebeten und erwischt einen darum auf der anderen Seite der Initiative, macht einen zum Objekt der Handlung, deren Subjekt er ist – lauter deutliche Merkmale des Feindes. Aber anders als ‚gradlinige‘ Feinde wird er nicht auf Abstand gehalten, nicht auf die andere Seite der Schlachtlinie gestellt. Noch schlimmer, er beansprucht das Recht, Objekt von Verantwortung zu sein – das bekannte Attribut des Freundes.“ (Bauman, 1992, S.29)

Damit ist der *Fremde* nicht nur ein Drittes, sondern er greift die bekannte und Sicherheit verheißende Dichotomie von Freund und Feind an: Wenn es jemand gibt, der sich zugleich wie ein Freund und wie ein Feind verhält, dann wird die Brauchbarkeit der Unterscheidung durchlöchert. Da der *Fremde* sich dem bekannten Freund-Feind-Schema verweigert, lähmt er spontane Handlung und erzeugt Verhaltensunsicherheit. Er

zwingt zu einem hermeneutischen Vorgehen, zu einem Vortasten, das Mißverständnisse unvermeidlich macht. Deshalb ist es ein Bestreben jeder Gesellschaft, „ihre Fremden“ zu definieren, zu organisieren und zu integrieren oder sie territorial auf Distanz zu halten. Letzteres bezieht sich auf Grenzen, aber auch auf alle Formen von Enklaven vom Touristendorf bis zum Ghetto. Die gebräuchlichste Weise der Integration ist die Funktionalisierung: Der Terminus „Gastarbeiter“, mit dem die Zuwanderer aus Südeuropa häufig heute noch bezeichnet werden, ist eine solche Form der Funktionalisierung. Die Anwesenheit der „Fremden“ wird durch einen engen funktionalen Bezug zur Gesellschaft begründet und gerechtfertigt. Die Bedeutung, die eine solche begriffliche Funktionalisierung des Fremden hat, ist gerade an der Haltbarkeit dieser Parole ersichtlich. Vom Sklaven bis zur Schweizer Garde des Vatikanstaats finden sich alle erdenklichen Formen einer funktionalen Reduktion des Fremden. Gegenüber Gastarbeitern kann man sich verhalten, man kann ihnen bedeuten, daß sie sich wie Gäste zu benehmen haben, man kann in ihnen eine vorübergehende Erscheinung sehen, man kann sie auf die Rolle reduzieren, die sie für die heimische Ökonomie spielen, etc. All diese Zuweisungen binden die „Fremden“ an einen bestimmten Ort in der Gesellschaft.

Asylsuchende sind keine Gäste. Während die in den vergangenen Jahrzehnten aus dem Süden Eingewanderten und ihre meist hier geborenen Kinder und Enkel langsam darauf hoffen können, Schritt für Schritt als Einheimische, wenn nicht als Deutsche angesehen zu werden, spricht einiges dafür, daß Asylsuchende zum neuen Fremden der bundesdeutschen Gesellschaft aufgebaut werden. Dafür spricht ganz wesentlich der Diskurs, der über Asylsuchende geführt wird. Diana Wong (1992) hat in einer Untersuchung der deutschen Asyldebatte einige Punkte herausgestellt, die diese These unterstützen. Dazu zählen a) die massive Betonung der Asylmigration, die angesichts von zwischen 1953 und 1988 nur 132 874 anerkannten Asylsuchenden ins Auge springt; b) die rigide und diffamierende Einschränkung des Asylgedankens auf politische Aktivisten: „die begriffliche Polarisierung in der öffentlichen Diskussion zwischen politisch Verfolgten (...) und ‚Wirtschafts- und Armutsflücht-

lingen' geht an der Wirklichkeit der Fluchthintergründe in den meisten (...) 'refugee generating countries' vorbei" (Wong, 1992, S. 408) und stempelt alle anderen zu „Asylbetrügern“ und „Scheinasylanten“; c) der pejorative Beigeschmack des Wortes „Asylant“, mit dem die Flüchtlinge in Deutschland belegt werden. Entsprechend der dominanten, durch die Wiedervereinigung noch verstärkten Identifikation Deutschlands mit Wohlstand und ökonomischer Stärke werden Flüchtlinge so dargestellt, als wollten sie diese Stärke verringern und am Wohlstand unberechtigt teilhaben. Zugleich hält man in der Bundesrepublik an der Überzeugung fest, daß es ein Recht auf politisches Asyl gebe, daß zumindest ein Teil der aus politischen Gründen Verfolgten von der Bundesrepublik aufgenommen werden solle, wie immer rigoros die Grenzen gegenüber Flüchtlingen auch geschlossen werden. Die hier zum Ausdruck kommende Ambivalenz zeigt sich auch in den Haltungen der Zivilgesellschaft.

„Asylanten“ in der Nachbarschaft

Ohne die Zusammenhänge zwischen staatlicher Politik, Medien und zivilgesellschaftlichem Verhalten weiter auszuführen läßt sich sagen, daß die resolute Segregationspolitik des Staates sich in der Haltung der Bevölkerung spiegelte. Das betrifft nicht allein die Eskalationen – Brand- und Mordanschläge, Hetzjagden und Pogrome – vor allem der Jahre 91 bis 93, sondern auch die Abwehrhaltung, die Anwohner häufig einnahmen, wenn in ihrem Stadtviertel eine Flüchtlingsunterkunft errichtet werden sollte. Allerdings gab es in der Bevölkerung auch Gruppen, die sich für Flüchtlinge einsetzten. Neben einem eher zögerlichen Engagement linker Gruppen haben Flüchtlinge vor allem aus dem bürgerlichen, links-liberalen Spektrum Unterstützung bekommen. Im Sommer 1992 wurden in München verstärkt sogenannte Sammelunterkünfte in oder am Rande von Stadtvierteln errichtet. Sensibilisiert durch die öffentliche Aufmerksamkeit, die das Thema Asyl erfahren hatte, bildeten sich schnell Nachbarschaftsinitiativen, um sich für Asylsuchende einzusetzen. Zwei Motive scheinen dabei im Vordergrund gestanden zu haben: zum einen forderte der manifeste Rassismus, der sich besonders

auch gegen Flüchtlingsunterkünfte richtete, eine vorbeugende Haltung der Nachbarschaft heraus. Im eigenen Stadtviertel sollte so etwas nicht stattfinden. Zum anderen war es auch die Besorgnis, auf einmal direkt mit Flüchtlingen konfrontiert zu sein, ein Problem, das man bislang nur aus den Medien kannte. Die Nachbarschaft, auch die wohlmeinende, war unsicher, was von den Flüchtlingen zu erwarten sein würde. Es kam das zur Geltung, was Baumans Kategorie des Fremden kennzeichnet. Die prinzipiell vorhandene Aufnahmebereitschaft bei den Nachbarschaftsgruppen wurde begleitet von der Frage, ob nun nicht Kriminalität, Verwahrlosung, Gewalt oder Drogen im Viertel Einzug halten.

Gerade die erste Phase des Kontaktes zwischen Flüchtlingen und Nachbarschaftsgruppe war deutlich geprägt von vorsichtigen Annäherungsversuchen einerseits und der Etablierung von Strukturen zur Festigung der Situation andererseits. Die Mitglieder der Nachbarschaftsgruppe suchten den Kontakt zu Flüchtlingen auf unterschiedliche Weise. Eine Gruppe wohnte der zweimal wöchentlich stattfindenden Ausgabe von Essensrationen bei. Sie stellte sich den vor dem Schalter wartenden Flüchtlingen vor, bot Übersetzung und Vermittlung zwischen Flüchtlingen und Verwaltung an. Diese Annäherung hatte den Vorteil, daß sie auf dem Flur der Unterkunft und damit auf quasi neutralem Boden geschehen konnte. Eine weitere Gruppe suchte die Flüchtlinge abends in ihren Zimmern auf. Hier wurde sie von den Bewohnern meist gastlich empfangen und bewirtet. Diese Form des Kontaktes war wesentlich unmittelbarer, aber für die Nachbarschaftsgruppe nicht immer leicht zu handhaben. Kommunikationsprobleme und Schwierigkeiten mit dem beiderseitigen Rollenverständnis waren häufig. Ausgangspunkt der Nachbarschaftsgruppe für das zu bildende Verhältnis war die Annahme, daß die Asylbewerber der Unterkunft Probleme hätten. Diese Annahme scheint auf Anhieb plausibel: Flüchtlinge haben kaum Geld, kaum Kontakte, kaum Sprachkompetenzen, sind zudem in schwer durchschaubare Amtsverfahren verwickelt – all dies ist Stoff für eine Menge Probleme. Tatsächlich gestaltete diese Problemorientierung den Kontakt zwischen Flüchtlingen und Nachbarschaftsgruppen ausgesprochen schwierig. Die Flüchtlinge wußten nämlich mit Nachbarn nichts anzufangen, die sich

vorstellten und gleich nach Problemen fragten. Hier herrschte ein gravierendes Mißverständnis vor, das sich gleichwohl als die das Verhältnis bestimmende Matrix durchsetzte. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Die Kontaktaufnahme zwischen Nachbarschaftsgruppen und Flüchtlingen fand nicht auf neutralem Terrain statt, sondern in der staatlichen Unterkunft. Das soziale Engagement, die Probleme der Flüchtlinge zu lösen, war die Eintrittskarte der Nachbarschaftsgruppe ins Haus. Gleiches gilt für die weitere Nachbarschaft. Auch gegenüber Bekannten und Freunden wurde das Engagement für Flüchtlinge als soziale Fürsorge dargestellt. Damit konnten die Nachbarschaftsgruppen sich zugleich intensiv um Flüchtlinge kümmern und signalisierten dennoch, daß sie noch auf der Seite der Einheimischen stehen. Und nicht nur das: Die Bestimmung der Asylsuchenden als Problem stützte auch die Möglichkeit der Gruppe, im Verhältnis zu Flüchtlingen die Initiative zu übernehmen.

In den ersten Monaten hatte sich die Problemorientierung und der sozialpädagogische Impetus allerdings noch nicht ganz durchgesetzt: Mitglieder der Nachbarschaftsgruppe besuchten die Unterkunft, um Flüchtlinge zuallererst mal kennenzulernen. Dies gab den Flüchtlingen die Möglichkeit, ihrerseits die Kontaktsituation in ihrem Sinne zu deuten. Die Flüchtlinge taten das, was man mit Besuchern üblicherweise macht: die Nachbarn wurden als Gäste betrachtet, bewirtet und in die Räumlichkeiten der Flüchtlinge eingeladen. Vorsichtige Konversation wurde betrieben, nach dem Woher gefragt, nach der Familie, nach dem eigenen Wohnort, nach der Geschichte. Probleme, nach denen die Mitglieder der Initiativen fragten, kamen nicht zur Sprache. Über diese ersten Kontaktaufnahmen entwickelten sich Beziehungen zwischen Mitgliedern der Nachbarschaftsgruppe und einzelnen Flüchtlingen oder Familien, Berührungspunkte eines Verhältnisses, die mit der Zeit ausgebaut wurden. In dieser Phase des Kontaktes war die Suche nach Überbrückendem, nach Gemeinsamkeiten bestimmend. Häufig erwiesen sich Kinder als Katalysatoren, wurde die sichtbare Schwangerschaft einer Nachbarin zum Anknüpfungspunkt für Gespräche. Probleme der Flüchtlinge wurden hier bisweilen am Rande thematisiert. Die Unterbrin-

gungssituation, Probleme mit Arbeit oder mit Ämtern wurden vorsichtig geäußert, wenn die persönliche Beziehung dies zu erlauben schien.

Parallel dazu unternahm die Initiative jedoch Vorstöße zur Betreuung der Unterkunft. An den persönlichen Kontakten mit Flüchtlingen vorbei wurde die Verwaltung kritisiert oder unterstützt, wurde eine feste sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge gefordert, wurden Maßnahmen zur Sicherung der Unterkunft gegen rassistische Übergriffe vorangetrieben. Ebenso wurden Ressourcen der Nachbarschaft mobilisiert: die Pfarrei und das Jugendheim des Viertels wurden eingebunden, Kontakte zum Flüchtlingsrat, wo sich Gruppen austauschten und berieten, wurden aufgenommen, asylrechtliche Bestimmungen wurden studiert und Spenden gesammelt. Die Nachbarschaftsgruppe konsolidierte sich: Wöchentlich gab es Treffen, die Gruppe differenzierte sich in aktive und passive Mitglieder; aktiv waren diejenigen, die kontinuierlich die Unterkunft besuchten. Die Gruppe nahm die Form einer Bürgerinitiative an, die ein „Anliegen“ hatte: das Miteinander-Leben im Stadtviertel sollte so gestaltet werden, daß es möglichst wenig Reibungsflächen zwischen Flüchtlingen und Nachbarn gebe. Damit machten sich die Nachbarschaftsgruppen zum allgemeinen und öffentlichen Agenten für das Verhältnis zwischen Nachbarschaft und Flüchtlingsunterkunft. Sie sahen sich als die zivilgesellschaftliche Vermittlungsinstanz zwischen Einheimischen und Flüchtlingen.

Die persönlichen Kontakte zu Flüchtlingen blieben davon nicht unberührt. Im Kontext der Nachbarschaftsinitiative wurden sie funktionalisiert: als Informationsquelle und als legitimierender Maßstab der Kenntnisse über Vorgänge in der Unterkunft. Nur in Einzelfällen gestatteten sich die Mitglieder der Gruppe, die persönlichen singulären Beziehungen zu Flüchtlingen ins private hinein auszudehnen. Der das Verhältnis zunehmend bestimmende allgemeine Anspruch der Initiative, sich um alle Flüchtlinge der Unterkunft zu kümmern, war nicht selten Vorwand, die einzelnen Kontakte im Unverbindlichen zu belassen. Ihr Anliegen war im Prinzip ein öffentliches. Dies kollidierte jedoch immer wieder mit dem Anspruch, die Flüchtlinge bei ihren Problemen zu unterstützen. Die Lösung oder Begleitung von Problemen war in der Regel mit einer

intensiven Einzelfallbetreuung verbunden. Der Wunsch einer Flüchtlingsfrau z.B., mit ihrem in einer anderen Unterkunft untergebrachten Mann zusammengelegt zu werden, zieht einen mühevollen Kleinkrieg mit den zuständigen Unterkunftsverwaltungen, übergeordneten Ämtern und Konsultationen von Anwälten nach sich. Im Verlauf solcher, sich oft über Wochen und Monate hinziehenden Verfahren entwickelt sich zwischen Flüchtling und engagiertem Nachbar eine engere Beziehung, die immer wieder Anlaß zu gravierenden Mißverständnissen und Verhaltensunsicherheiten gibt. Das kräftezehrende Herumschlagen mit Behörden, der enorme Aufwand an Zeit und Energie überfordert das letztlich laienhafte Mitglied einer Nachbarschaftsgruppe, wird vom Flüchtling aber oft nicht wahrgenommen und deshalb häufig nicht mit der gehörigen Dankbarkeit honoriert. Deshalb – und auch wegen der begrenzten Ressourcen der Nachbarschaftsgruppe – wird das Engagement nach einem solchen Kraftaufwand meist wieder zurückgefahren; erst recht, wenn das Unterfangen erfolglos bleibt. Bei Flüchtlingen ruft das Irritationen hervor. Oft ist ihnen die Figur des professionellen Sozialarbeiters, an die sich das Verhalten der Initiativen anlehnt, nicht vertraut. Nach einer Phase intensiveren Kontakts, z.B. beim Versuch einer Familienzusammenführung oder Jobsuche, erwarten Flüchtlinge häufig von dem Mitglied der Nachbarschaftsgruppe besondere Aufmerksamkeit, Bevorzugung gegenüber anderen Flüchtlingen oder ein besonders offenes Ohr bei anderen Problemen. Flüchtlinge suchen den individuellen, persönlichen Kontakt, der auch über eine aktuelle Hilfestellung hinausgeht. Dies läßt sich wenigstens zum Teil mit der isolierten Lage erklären, der Flüchtlinge in der Unterkunft ausgesetzt sind. Von den Mitgliedern der Nachbarschaftsgruppe wurde ein persönlicherer Kontakt in den meisten Fällen abgelehnt. Ihnen ging es darum, ihr privates Leben vor den Flüchtlingen abzuschirmen und Kontakte auf die Besuchszeiten in der Unterkunft zu beschränken. Außerdem tritt die Nachbarschaftsgruppe mit dem Anspruch auf, sich um alle Bewohner der Unterkunft gleichermaßen zu kümmern. Spezielle Loyalität zu einzelnen Flüchtlingen wurde auch aus diesem Grund zurückgewiesen.

Die persönlichen Beziehungen zwischen Initiativenmitgliedern und Flüchtlingen entwickelten sich nicht weiter. Sie blieben zwar die wichtigste Informationsquelle über Vorgänge in der Unterkunft, die Aktivitäten der Nachbarschaftsgruppe konzentrierten sich jedoch auf allgemeine, die gesamte Unterkunft betreffende Angebote und Maßnahmen. Dazu zählten Tätigkeiten, die dem Repertoire der Sozialarbeit entlehnt waren: Teestuben, Kinderbetreuung, Kleidersammlungen, Organisation von Straßenfesten mit Nachbarn, eine Jobbörse für Flüchtlinge, eine Nähstube oder Deutschkurse. Diese Angebote wurden von Asylsuchenden nur sehr zögerlich angenommen, soweit sie nicht über persönliche Bekanntschaften zwischen Flüchtlingen und Mitgliedern der Nachbarschaftsgruppe abgesichert waren. Infolgedessen wurde der größte Teil der Angebote bald wieder eingestellt, nur wenige hatten Bestand. Dies hatte auch Gründe, die bei den Flüchtlingen und ihrer spezifischen Situation – dem Warten innerhalb eines Anerkennungsprozesses – zu verorten sind. Generell kann jedoch gesagt werden, daß die Angebote der Initiativen eben nicht an den spezifischen Bedürfnissen der Flüchtlinge orientiert waren, sondern an dem, was die Nachbarschaftsgruppe annahm, es könnte diesen Bedürfnissen entsprechen oder – häufiger – es handele sich um sinnvolle integrative Maßnahmen. Die Bedürfnisse der Flüchtlinge und vor allem deren Bereitschaft, solche „Maßnahmen“ mitzumachen, wurden häufig überschätzt.

Vertraute Fremde

Im Lauf dieser Erfahrungen richteten Flüchtlinge und Nachbarschaftsgruppen sich in einem Verhältnis ein, das immer wieder ausbalanciert wurde. Beide Seiten hatten Erfahrungen mit den Grenzen der je anderen gemacht. Das anfangs offene und fließende Verhältnis verfestigte sich: Die Leute aus der Nachbarschaftsgruppe wußten, daß ihr Engagement nicht immer von den Flüchtlingen honoriert werden würde; die Flüchtlinge hatten die oft eingeschränkten Möglichkeiten der Nachbarschaftsgruppe kennengelernt. Es griffe jedoch zu kurz, wollte man das Verhältnis, das sich zwischen Flüchtlingen und Nachbarschaftsgruppe herausgebildet hat, ausschließlich auf die *Erfahrungen* beider Gruppen mitein-

ander beziehen. Zweifellos lassen sich anhand des hier skizzierten Beispiels auch die Umgangsweisen mit dem „Fremden“ im Sinne Baumanns herausstellen. Selbst für die den Flüchtlingen aufgeschlossenen Nachbarn waren die Flüchtlinge ein Irritant, bedurfte es eines Kennenlernprozesses. Bald wurden dann die Flüchtlinge in einen funktionalen Bezug zur Nachbarschaft und Gesellschaft gestellt: Sie waren Hilfsbedürftige, sie hatten Probleme. Dieser funktionale Bezug wurde durchgängig aufrechterhalten, auf ihm gründet die Stabilität des Verhältnisses, das sich zwischen Nachbarschaftsgruppen und Flüchtlingen einstellte. Diese Definition als Objekte von Hilfestellung und Hilfeleistung brachte mit sich, daß andere Definitionsmöglichkeiten – Flüchtlinge als Ruhestörer, als Eindringlinge, als Kriminelle – nicht Fuß fassen konnten. Außerdem ist in der Dichotomie Hilfsbedürftige/Helfende festgelegt, wer die Initiative ergreifen kann und damit die Beziehung bestimmt. Die Mitglieder der Nachbarschaftsgruppe entschieden, wann und wo eine Begegnung stattfand. Insgesamt versuchten die Nachbarschaftsgruppen also, der Ambivalenz der Fremdheitsbeziehung dadurch ihre Bedrohlichkeit zu nehmen, indem sie die Flüchtlinge integrierten. Zwar wurde ihnen ein Platz am unteren Rand der Gesellschaft (respektive des Stadtviertels) zugewiesen, aber sie wurden als wie auch immer problematischer Teil der Lebenswelt akzeptiert. Das Verhalten der Nachbarschaftsgruppen läßt sich also als kreative Verarbeitung des Fremdheitsverhältnisses lesen. Wurde es dadurch aber auch aufgelöst?

Bezieht man sich aber nur auf die allgemeinen Charakteristika einer Fremdheitsbeziehung, dann ist die Beantwortung dieser Frage nicht möglich. Zygmunt Bauman, dessen Postulate eingangs beschrieben wurden, verbleibt mit seiner Phänomenologie des Fremden auf allgemeinsten Ebene. Ähnlich wie Simmel¹ bemüht er sich nur, die Facetten von Fremdheitsverhältnissen zu erfassen. Am Ende bleibt das Gerippe einer soziologischen Universalie oder angenommenen anthropologischen Konstante. Der Subsumierung unter eine Art universelle Kategorie des „Fremden“ (Bauman verengt seine Thesen allerdings auf die Moderne und auf den Nationalstaat insbesondere) stehen eine Reihe von Ansätzen gegenüber, die je spezifische Fremdheitsverhältnisse auf ihre

Entstehungsbedingungen hin analysieren. So hat in der Bundesrepublik z.B. Frank Otto Radtke (1991) versucht, die deutsche Haltung gegenüber den im Zuge der Arbeitsmigration Zugewanderten zu bestimmen. Radtke konstatiert dabei einen m.E. noch immer zutreffenden Sachverhalt: Mit der Arbeitsmigration auftretenden Fragen, wie die Zugezogenen denn zu integrieren seien, wurde in Deutschland nicht politisch, sondern pädagogisch begegnet:

„Indem soziale Integration nicht als Inkorporation im Sinne von Mitgliedschaftsrechten im Sozial- und Rechtsstaat, sondern als kulturelle Anpassung konzipiert wurde, stellte sich das Migrationsproblem als eine Aufgabe pädagogischer Prävention und Intervention gerade im Kindes- und Jugendalter.“ (Radtke, 1991, S.44)

Radtke versteht die Eintracht, in der politische Entscheidungsträger und mit Migrationsfragen beschäftigte Wissenschaften agierten, als eine Art interpretativer Osmose. Radtke bezieht dies auf die gesellschaftlichen Teilbereiche der Politik und der Pädagogik im Besonderen, bezieht aber in seiner Erklärung weitere Teile der Gesellschaft mit ein:

„Durch eine Vielzahl feinsten Kanäle durchdringen sich die Deutungshaushalte der verschiedensten Teilbereiche der Gesellschaft und erzeugen einen zeitweiligen Grundkonsens, der zu intersubjektiven Verständigungsmöglichkeiten und damit zu gleichartigen Lösungen führt.“ (Radtke, 1991, S.45)

Dieser Grundkonsens besteht kurz gesagt darin, daß „die Fremden“ über ihre kulturelle Differenz definiert werden, die als problematisch angesehen wird. Erst muß diese kulturelle Kluft durch Anpassungsleistungen der Zugewanderten überwunden werden, dann können ihnen auch bürgerliche Rechte in Aussicht gestellt werden. Das Verhältnis, das sich zwischen Flüchtlingen und Initiativen herausbildete, deutet m.E. darauf hin, daß hier nicht allein zwischen Politik und Pädagogik ein Grundkonsens bestand, sondern daß dieser auch von der Zivilgesellschaft getragen wurde.² Denn obwohl die Politik Flüchtlingen keine Integrationsangebote machte, sind die Aktivitäten der Initiativen weit eher pädagogisch zu nennen als politisch. Die Gruppen bedienen sich dabei in erster Linie aus dem Fundus an Integrationsmaßnahmen der Ausländerpädagogik. Begründet wird dies weniger mit der Hoffnung, Flüchtlinge hätten eine

reelle Chance auf asylrechtliche Anerkennung, als vielmehr damit, daß Flüchtlinge wegen des langwierigen Anerkennungsprozesses oft über Jahre in der Unterkunft bleiben und daß deshalb eine Integration nur nützlich wäre. Diese von der Praxis diktierte Auffassung hat zur Folge, daß Flüchtlinge, ohne über Partizipationsrechte zu verfügen, über die Pflichten deutscher Staatsbürger gut informiert sind.

Schlüsse

Zwischen Flüchtlingen und Nachbarschaftsgruppen hat sich ein Fremdheitsverhältnis herausgebildet, das Licht auf die Kontinuität des deutschen Verhältnisses zu Einwanderern wirft. Schon 1973 hat Hoffmann-Nowotny festgestellt, daß durch die Zuwanderung eine Unterschichtung der Aufnahmegesellschaft einsetzt: Den Zugewanderten wird eine soziale Position zugewiesen, die unter der Schichtung der Aufnahmegesellschaft ansetzt (Hoffmann-Nowotny 1973). In den Reaktionen auf Asylzuwanderung setzt sich diese Entwicklung fort. Von den Zuwanderern wird eine soziale Anpassungsleistung erwartet, ohne daß auch nur der Aufenthalt gesichert wäre. Ihnen wird eine soziale Position zugeordnet, die aus Flüchtlingen eine vor allem bedürftige Randgruppe macht. Damit werden die Flüchtlinge in das Stadtviertel integriert, und dies hat zweifellos dazu beigetragen, daß sich das soziale Klima durch die Anwesenheit der Flüchtlinge nicht grundlegend verschlechtert hat. Längerfristig betrachtet hat allerdings eine solche Zuschreibung die Konsequenz, daß Asylsuchenden eben der Platz im sozialen Gefüge zugewiesen wird, den zuvor eingewanderte ethnische Minderheiten gerade freigemacht haben.³ Es ist auffällig, daß sich in Deutschland trotz massiver rassistischer Übergriffe, trotz politischer Maßnahmen gegenüber Flüchtlingen, die mit der Menschenwürde nicht in Einklang zu bringen sind, eine nur sehr geringe politische Opposition entwickelt hat. Die pädagogische Attitüde der Nachbarschaftsgruppen zielt auf eine Integration von Flüchtlingen, auf eine Reduktion von Reibungspunkten zwischen Nachbarn und Flüchtlingen, Flüchtlingen und Verwaltung. Die Orientierung der Nachbarschaftsgruppen auf die Probleme der Flüchtlinge weiß, daß diese Probleme in der Mehrzahl durch die staatlichen Maßnahmen pro-

duziert sind, schiebt diese Probleme jedoch auf die Flüchtlinge zurück. Damit ist diese Haltung nur einen Hauch davon entfernt, in den Flüchtlingen selbst ein Problem zu sehen.

Anmerkungen

- (1) Simmel 1992. Ähnlich auch Hans Magnus Enzensberger im Essay „Die große Wanderung“. Die grundsätzlich sehr plausible Darstellung von Fremdheitsverhältnissen stieß auf Kritik, weil sie in einer Zeit heftiger fremdenfeindlicher Exzesse in Deutschland publiziert wurde und ver-säumte, die spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen einzubeziehen.
- (2) Darauf deutet auch die Untersuchung von Hofmann & Even hin. In ihrer „Soziologie der Ausländerfeindlichkeit“ stellten sie fest, daß in der Bundesrepublik von Zuwanderern zunächst eine Anpassungsleistung (Identitätspassage) verlangt wurde, und daß ihnen erst dann eine rechtliche und soziale Anerkennung (Statuspassage) zugebilligt wurde. Im Ausbleiben der Identitätspassage sehen Hofmann & Even eine der Ursachen von Ausländerfeindlichkeit. (Hofmann & Even 1984: Kap. IV und V)
- (3) Eine erneute Unterschichtung der bundesdeutschen Gesellschaft wird von der Arbeitsmarktpolitik flankiert. Asylsuchende bekamen Arbeits-erlaubnisse in der Regel nur für besondere Sparten wie Gastronomie und Reinigungsfirmen. Seit dem 15. Mai 1997 eingereisten Flüchtlingen ist Erwerbstätigkeit grundsätzlich untersagt.

Literatur

- Bauman, Zygmunt (1992). Moderne und Ambivalenz. In: Bielefeld, Uli (Hg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg (2. Aufl.).
- Enzensberger, Hans Magnus (1992). Die große Wanderung. Frankfurt a.M.
- Hofmann, Lutz & Herbert, Even (1984). Soziologie der Ausländerfeindlichkeit. Weinheim und Basel.
- Hofmann-Nowotny, Hans-Joachim (1973). Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Stuttgart.
- Radtke, Frank-Olaf (1991). Pädagogisch induzierter Kulturalismus. Zum Zustand der Migrations- und Minderheitenforschung in der Bundesrepublik Deutschland am Ausgang der 80er Jahre. In: Haller, Ingrid & Klaus F. Geiger (Hg.), Ethnische Minderheiten in Industriegesellschaften. Kassel.

- Simmel, Georg (1992). Exkurs über den Fremden. In: ders: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. S. 764-771. Frankfurt a.M.
- Wong, Diana (1992). Fremdheitsfiguren im gesellschaftlichen Diskurs. In: Matthes, Joachim (Hrsg.), Soziale Welt, Sonderband 8. Göttingen.